

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der ver.di-Bundeskongress liegt hinter uns und hat sich mit der Frage der Folgen des Krieges für uns in Deutschland auseinandergesetzt. Es gab dazu eine lange ernsthafte, verantwortungsvolle und inhaltsreiche Debatte. Schon vor dem Kongress haben sich viele Kolleg*innen in Aufrufen und Demonstrationen für einen Stopp des Krieges, der Waffenlieferungen engagiert wie auch gegen einen Haushalt der Aufrüstung, der mit drastischen Kürzungen im Sozialhaushalt bezahlt werden soll. Auch erste Veranstaltung in ver.di fanden statt.

Besonders umstritten war der vom Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat vorgelegte Antrag E 084 „*Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch*“. Dieser Antrag wurde bei einer Gegenstimme vom Gewerkschaftsrat Mitte Mai angenommen. In Diskussionen auf verschiedenen Ebenen von ver.di wurden Vorschläge für Änderungsanträge diskutiert, die dem Bundeskongress vorlagen.

Im Landesbezirksvorstand des Fachbereichs A Berlin-Brandenburg wurde ein Änderungsantrag erarbeitet, der mit anderen Kollegen und Kolleginnen anderer Fachbereiche und Bezirke diskutiert und im Rahmen des ver.di-AK Friedens bearbeitet wurden. Auf Hinweis der Bundesverwaltung wurden daraus 8 Änderungsanträge.

Inhaltlich ging es um drei Entscheidungen der Bundesregierung:

- **Waffenlieferung**
- **Sanktionspolitik**
- **Hochrüstung** in Form des Nato-2%-Zieles sowie des Sondervermögens

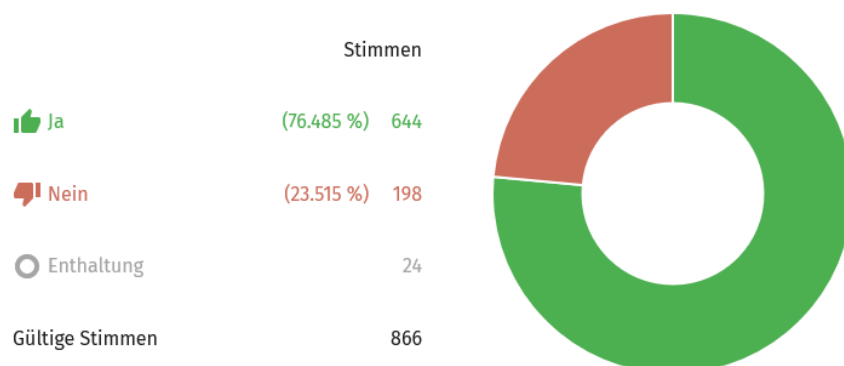
In diesem Sinne haben wir folgende Änderungsanträge eingebracht, über die wir auf den nächsten Seiten berichten.

Änderungsantrag E 084-Ä001**Zeile 21 bis 27 streichen**

21 Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen
22 Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine
23 auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen
24 Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen
25 treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die
26 Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die
27 Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden.

Abstimmung über Empfehlung der AK

geheim · veröffentlicht



Der Antrag wurde von 46 Delegierten unterstützt; er wurde ausführlich diskutiert. Obwohl es nur um die Sanktionen ging, kam es zu einer generellen Aussprache.

Die Antragskommission empfahl Ablehnung: 644 Stimmen folgten Ihr; 198 lehnten diese ab und stimmten somit für die Streichung; 24 enthielten sich.

Danach gab es einen Antrag auf Schluss der Debatte zu den Änderungsanträgen:

533 stimmten mit ja, 301 dagegen, 32 haben sich enthalten.

Danach gab es eine Empfehlung der Antragskommission über sämtliche Änderungsanträge zu E 084 en bloc abzustimmen.

555 Kolleginnen und Kollegen haben mit Ja gestimmt, 282 haben mit Nein gestimmt, 22 haben sich enthalten.

Änderungsantrag 2 E 084-Ä002

Zeile 39 einfügen

Zugleich ergibt sich

37 daraus für die unterstützenden Staaten wie Deutschland eine besondere Verantwortung, mit
38 Blick auf Art, Umfang und Schwere gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer
39 Kriegspartei in diesem Konflikt zu werden.

Danach einfügen

Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen macht Deutschland immer mehr zur Kriegspartei. Ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine ab.

53 Unterstützer*innen; 20 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: „ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine ab.“

Änderungsantrag E 084-Ä003

In Zeile 83 einfügen

Dazu gehört

83 auch, dass keine Werbung der Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt.

Danach Einfügen: *Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr.*

36 Unterstützer*innen; 2 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: **Annahme**

Änderungsantrag E 084-Ä004

Nach Zeile 66 einfügen

62ver.di fordert die Bundesregierung, die EU und die

63 internationale Staatengemeinschaft auf, alle diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das

64 Töten in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für Frieden und

65 Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

Danach einfügen:

ver.di fordert von der Bundesregierung, alles zu tun für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen.

53 Unterstützer*innen; 22 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: **Ablehnung**

Änderungsantrag E 084-Ä005

Zeile 97-104 streichen

97 Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc ein Sondervermögen von 100
94 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus dem Ärmel zu schütteln, während andere
95 Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere
96 öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter
97 massiven Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur
98 ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher von
99 ver.di abgelehnt.

und ersetzen durch

Ver.di sagt Nein zu dem 100 Mrd. Euro Sondervermögen für Aufrüstung und fordert ausreichende Finanzierung der Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Kommunen, und viele weitere öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen.

40 Unterstützer*innen; 9 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: **Ablehnung**

Änderungsantrag E 084-Ä006

Zeile 39

39 Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht gefährdet werden.

Danach einfügen:

ver.di fordert die Aufhebung einer Sanktionspolitik, die Deutschland mit einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, der Gefahr von Deindustrialisierung und drastischen Verteuerung bezahlt, die die Existenz zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe, wie auch Handwerksbetriebe in Frage stellt und Millionen Arbeitnehmer*innen mit sozialem Absturz bedroht. Zugleich schädigt die Sanktionspolitik die Wirtschaften des „globalen Südens.“

40 Unterstützer*innen; 11 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: **Ablehnung**

Änderungsantrag E 084-Ä007

Nach Zeile 48 einfügen

46 Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses Krieges kommen, die die Bevölkerung
47 in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa indem Russland auf die militärische
48 Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen reagiert

Danach einfügen

Seit einem Jahr tobt ein grausamer Krieg in der Ukraine. Weder der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine noch die kriegerische Eskalation durch die Nato, unter Führung der USA, haben die russischen, die ukrainischen, und auch nicht die deutschen Arbeitnehmer*innen entschieden.

Finanzminister Lindner brüstet sich bei einem Besuch in Kiew damit, dass Deutschland bereits insgesamt 22 Milliarden Euro für die Ukraine mobilisiert, habe: 12 Milliarden an Militärhilfe, 10 Milliarden für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung Geflüchteter aus der Ukraine. Und er weiß auch schon, dass der Krieg lang andauern wird. Dafür sind fünf Milliarden Euro pro Jahr bis 2027 im Haushalt als „Ertüchtigungshilfen“ für das ukrainische Militär fest eingeplant.

Der von Lindner vorgelegte Haushalt spricht eine zynisch-offene Sprache:

Mehr Geld für Aufrüstung, an den Ausgaben für die Öffentliche Daseinsvorsorge, für Soziales, für Bildung und Gesundheitsversorgung wird gespart.

Angesichts dieser massiven Kriegsaufrüstung und der damit drohenden Eskalation des Krieges erklärt ver.di: Nein zu weiteren Waffenlieferungen,

38 Unterstützer*innen; 12 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: **Ablehnung**

Änderungsantrag E084- 009

Streichen Zeile 106-118

106 Abgesehen von den massiven
107 Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben
108 in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit
109 an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark
110 ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist
111 keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und
112 wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen
113 politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der
114 parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines
115 konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die
116 finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer
117 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di
118 sich auch im Interesse der Kolleg*innen in der Bundeswehr ein.

Und ersetzen durch

Wir lehnen sowohl die massiven Mehrausgaben durch das Sondervermögen als auch die Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben ab.




44 Unterstützer*innen; 5 auf der Redeliste, die nicht zu Wort kamen.

Empfehlung der Antragskommission: **Ablehnung**

Das waren alle von uns eingebrachten Änderungsanträge. Es gab noch weitere Änderungsanträge, die unterschiedlich behandelt wurden.

Blockabstimmung über die Empfehlungen der AK zu den Änderungsanträgen zu E 084

geheim · veröffentlicht

	Stimmen
 Ja	(66.381 %) 543
 Nein	(33.619 %) 275
 Enthaltung	38
Gültige Stimmen	856



Über sämtliche Änderungsanträge wurde en bloc abgestimmt: 275 stimmten gegen die Empfehlung der Antragskommission

„Ihr seht das Ergebnis: 543 Kolleginnen und Kollegen haben den Empfehlungen der Antragskommission zugestimmt, 275 haben sie abgelehnt, 38 haben sich enthalten, 856 haben sich an der Abstimmung beteiligt.“ (Vorläufiges Tagungsprotokoll Nachmittag S. 62)

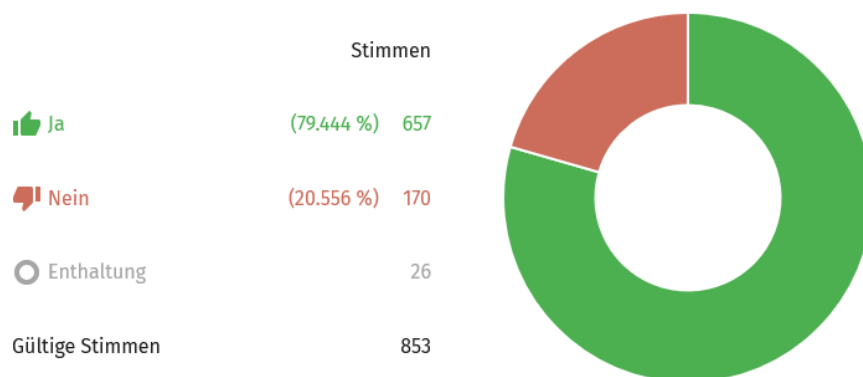
Danach gab es eine Aussprache zum Gesamtantrag E 084 „*Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch*“.

Aus verschiedenen Gründen wurden von vielen Delegierten gefordert, den Antrag E 084 abzulehnen. Dass nicht einmal die Formulierung aufgenommen wurde „ver.di fordert von der Bundesregierung, alles zu tun für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen“, ist nicht nachzuvollziehen.

In der Schlussabstimmung stimmten 170 gegen die Empfehlung der Antragskommission.

Abstimmung über die Empfehlung der AK

geheim · veröffentlicht



Die Diskussion und das Ergebnis zeigen, dass die Diskussion begonnen, nicht abgeschlossen ist.

Wir rufen deshalb alle Gliederungen von ver.di auf, diese Diskussion aufzunehmen und zu führen.

Mit freundlichen Grüßen

Gotthard Krupp-Boulboulle; Delegiertenummer: 01/00728

René Arnsburg; Delegiertenummer: 01/00009

Marie Schulpig; Delegiertenummer: 01/00881

Christof Ostheimer; Delegiertenummer: 01/00315

Norbert Heckl, Delegiertenummer: 01/00143

Pia Wolf; Delegiertenummer: 01 / 00982

Sigrid Rose; Delegiertenummer: 01/00053

Henning Kühn; Delegiertenummer: 01/00656

Jürgen Senge; Delegiertenummer: 01/00407

Werner Siebler; Delegiertenummer: 01/00410

Kerstin Bunz; Delegiertenummer: 01/00049

Andreas Springer-Kieß; Delegiertenummer: 01/00909

Jutta Markowski; Delegiertenummer: 01/00270

Ruth Kiefer; Delegiertenummer: 01/00199.

Reinhard Nold; Delegiertenummer: 01 / 00308

Robert Neumayer; Delegiertenummer: 01/00796

Kontaktadressen:

gotthardkrupp@t-online.de

rene.arnsburg@gmail.com

ostheimer@posteo.de

juergen.senge@web.de